

# Brieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Redaktionssitz: Briesen (Mts.).  
Postfach Nr. 22.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain,  
des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Briesen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Redaktionssitz: Leipzig 21200.  
Postfach Briesen Nr. 22.

Nr. 117.

Montag, 23. Mai 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Brieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis gegen Vorabzahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zusatzgebühr, bei Abholung  
ein Postkoffer monatlich 4.10 Mark ohne Zusatzgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabejahrs sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für  
die Zahlung an bestimmt Tag und Stunde wird nicht übernommen. Preis für die 48 von Seite 1 man hohe Gründschrift-Seite (7 Seiten) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; preiswürdiger und tabellarischer  
Tag 10.— Mark, Nachdruck-, und Sonntagsausgabe 20.— Mark. Keine Garantie. Gewöhnlicher Rabatt erhält, wenn sie keine verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in  
Sachen gerät. Sachverständigungs- und Schiedsgericht: Briesen. Geschäftliche Unterhaltungsabstimmung, Gräfin an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstige irgendwelche Störungen des  
Betriebes der Redaktion, der Brieftauben oder der Verbreitungseinrichtungen — hat der Redakteur keinen Anspruch auf Sicherung oder Absicherung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.  
Rücknahmefrist und Verlag: Samstag & Montag, Briesen. Geschäftsfeste: Goethestraße 58. Verantwortlich für Redaktion: Wilhelm Dittrich, Briesen. für Umsetzung: Wilhelm Dittrich, Briesen.

Bei dem sich in der wärmeren Jahreszeit steigenden Bedürfnis zum Baden im Freien werden die Herren Gemeindeschönheit und Gutsbesitzer, insbesondere auch in Blaustadt auf den Flüssen des Landes für die Gesundheit, zumal wenn es mit Schwimm-Übungen verbunden ist, zweckmäßig diesem Bedürfnis möglichst Bedeutung zu tragen und — zur Verhütung von Unglücksfällen, sowie aus Hygienischen Rücksichten — geeignete Badeplätze in Flüssen oder Teichen ausfindig zu machen und abzustellen, auch durch offizielle Bekanntmachung und polizeiliche Aufsicht dahin zu wirken, das das Baden auf die abgesetzten und eingeschneideten Wände — aus Sicherheits- und Hygienischen Gründen, sowie im Interesse des Schutzes der übrigen an den Ufern anliegenden Grundstücke — beforchtet bleibt.

Die unterzeichnete Amtshauptmannschaft ist gern bereit, bei Anlegung von Badeplätzen sachverständigen Rat und so finanzielle Unterstützung zu vermitteln.  
Bezüglich des Badens in der Elbe gelten die Vorschriften des Elbtrommeltes.

Großenhain, am 21. Mai 1921.  
G. H. E. L. Amtshauptmannschaft.

Butter betr.

Abchnitt 18, gültig vom 28.—29. Mai 1921, darf mit einem Stück Butter beliefert werden.  
Großenhain, am 20. Mai 1921.  
122 i.V. Der Kommunalverband.

Ein kleiner Bogen neue Bettwäsche und alte Sänglingswäsche

wird an kinderreiche Familien billig abgegeben durch unsere Bezirkspflegerin, Schwester Elisabeth Mts., Spendenkunden: Montag, Mittwoch und Freitag vorm. 8—9 Uhr.  
Der Rat der Stadt Briesen — Wohlfahrtsamt —, den 23. Mai 1921. Chm.

Die deutschen Freiwilligenkorps für Oberschlesien.

Eine deutsche Note.

Das Auswärtige Amt in Berlin bat auf die Note der Internationalen Militärkontrollkommission vom 14. Mai über die Rekrutierungen für Oberschlesien folgende Antwort erhalten:

Die Deutsche Regierung teilt vollkommen die in Ihrer Note vom 14. Mai ausgeprochene Auffassung, daß die Anwerbung von Freiwilligen für Schlesien und die Bildung von „Freikorps“ oder ähnlichen Formationen aus solchen Gründen ungünstig ist. Sie hat deshalb bereits am 19. Mai den in Abdruck beigesfügten Aufruf erlassen, in dem sie derartigen Versprechungen ganz entschieden entgegengesetzt. Schon vorher hatte der Reichsverteidigungsminister die zukünftigen militärischen Stellen nachdrücklich angewiesen, daß die Bildung einzelner Freiwilligenformationen mit allen Mitteln zu Hindernis sei, um das Wiederaufleben des Freikorpsbewegung im Reime zu unterdrücken. Den in diesen Annahmen ausgeschlossenen Grundlagen entsprechend, werden die deutschen Behörden mit größter Strenge gegen solche Anwerbungen und Zusammenstellungen vorgehen. Die Handhabe dazu bietet einmal die §§ 127, 110 des deutschen Strafgesetzbuchs, wonach die unbefugte Bildung bewaffneter Haufen und der Anschluß an solche sowie die öffentliche Aufforderung zu gefährlichen Handlungen mit Gefängnis bedroht ist, ferner das Gesetz vom 22. März 1921, das die Auslösung der Vereinigungen gestoppt, die mit den Vorschriften der Artikel 177, 178 des Vertrages von Versailles im Widerstreit stehen.

Die Polizei und die Gerichtsbehörden sind angewiesen, von den angezogenen Behörden des Strafgesetzbuchs unanfechtbar Gebrauch zu machen, und zwar namentlich auch gegen Zeitungen, in denen Werbeinserate erscheinen. In Fällen, in denen sich unzulässigerweise angeworbene Freiwillige bereits zu Freikorps zusammengeflossen haben sollen, wird deren Auflösung durch die Landesregierung erzwungen. Um den Zugang von Freiwilligen zu solchen Zwecken nach Oberschlesien zu verhindern, sind Maßnahmen im Range, durch die die Grenze des Abstimmungsgebietes für je gesperrt werden soll.

Eine französische Note über die deutschen Freikorps.  
Nach einer Handabmeldung hat der französische Botschafter in London gestern abend im Auswärtigen Amt eine Note über Oberschlesien überreicht, in der kurz darauf hingemeldet wird, daß die Botschaft in Oberschlesien sich verschließen könne angesichts der Tätigkeit des deutschen Korps, die fortwährend Verstärkungen erhielten, und angehoben der Stimme der Arbeit, die in Polen gewünscht wurde, und nach im Hinblick auf die Schwierigkeit einer Intervention bei dem ausführenden Aufstand der Polenbewegung und den Deutschen. Die Note schlägt deshalb vor, der englische Botschafter in Berlin soll überaus möglichen Schritt des französischen Botschafters unterstützen, um im Interesse der Alliierten bei der deutschen Regierung vorzuhandeln zu werden, damit sie die angekündigten Maßnahmen ausführen.

Nach einer Botschaft aus London dat. der französischen Botschafter Sonnabend im Auswärtigen Amt nachdrücklich auf die Notwendigkeit hingemeldet, ein eingeschlossenes Zusammensetzen der Mitglieder der internationalen Kommission in Oppeln herbeizuführen zur Wiederherstellung der Ordnung, die durch einen gemeinsamen Schritt bei den Alliierten wesentlich erleichtert werden könnte. Bekanntlich hat, heißt es in der Botschaft weiter, der britische Vertreter bei der Kommission Oberst General Sir Ernest Mayne bei Verhandlungen mit den Aufständischen beginnen wollen, weil er der Auffassung ist, daß ein solcher Schritt schließlich zur Annahme ihrer Autorität führen würde.

Die Freikorps als Rettung Oberschlesiens.

Der „Berliner Volks-Anzeiger“ berichtet aus Krakau: Die Engländer und Italiener erwarten die Rettung Oberschlesiens von den Freiwilligenkorps. Die Bevölkerung ist auf Grund des Berliner Urteils gegen den Sozialismus in Panik geraten, doch die Freikorps werden sich nicht entzweitzen lassen. Solche Maßnahmen bedroht gegen die Rep. obwohl viele weichen Mitglieder der Deutschen Rep. Das Verhältnis der Deutschen zur Rep. ist mehr als 1000. Bei ihrem Rückzug verlorenen die Polen Männer, Frauen und Kinder aus dem Lande. Sieglos und aus dem Lande

aufgegebolt. Die Freikorps haben sich vom Ausland bis Posen eingestellt. Das Verlangen der Franzosen zur Einwaffnung der Freikorps wurde von den Engländern und Italienern scharf abgelehnt. Große Begeisterung herrschte bei dem täglichen Befehl von Freiwilligen.

**Rene Kämpfe in Oberschlesien.**

Auch im Laufe des getragenen Tages war es unmöglich, mit den beiden Städten des oberschlesischen Industriezentrums irgendwelche Verbindung zu erhalten, da nach wie dort alle Straßenbahnen gestört sind. Das den Kreisen Oelsnitz und Zwickau wird abwechselnd von starken Truppenansammlungen jenseits der Grenze berichtet. Polnische Verbündete haben bereits die Grenze überschritten. Auch Polenmarschall ist erfolgt. Im Zusammenhang damit ist es heute zu schweren Kämpfen in der Gegend von Rosenberg gekommen. Nach den bisherigen Meldungen müssen die Ausländer vorerst Albrechtsdorf, Altdorf, Oelsnitz und Zwickau räumen. Doch liegen über den endgültigen Ausgang dieser ungewiss. Es werden zusammenfassende Meldungen noch nicht vor. Bei Gogolin im Kreise Groß-Strehlitz ist ein Angriff der Insurgents erfolgt. In der Nähe von Gogolin wurden grausamhaft augerichtete Leichen deutscher Polizeibeamten aufgefunden. In den übrigen Kreisen ist die Lage im wesentlichen unverändert.

In der Nacht vom 19. zum 20. d. Mts. griffen plötzlich ungefähr 240 bis 300 Polen Krakau an. Die deutschen Soldaten und Polen der Einwohnerwehr von Krakau geben an, daß die Polen, bevor sie die Grenze überquerten, mit dem polnischen Militärposten verhandelt haben. Darauf überbrachten sie unbehelligt die Grenze und besetzten sofort die deutschen Posten. Die Einwohnerwehr soll sich mit den flüchtenden Einwohnern auf das Gut Krakau zurück. Der Oberinspektor telephoniert den deutschen und polnischen Soldaten Krakau sofort beständig am Süde an. Die Polen stellten das erste Haus des Ortes an der Straße nach Siemianowice in Brand, befreiten den Ort bis zum Bahnhof und griffen dann das Gut an. Als der deutsche Selbstschutz eintraf, gelang es, die Polen über die Grenze zurückzuwerfen. Der polnische Militärposten ließ sie ungehindert zurückfließen. Die Polen ließen 25 Tote zurück und es wurden sechs Gefangene gemacht, sowie ein französisches Maschinengewehr erbeutet. Die Gefangenen sagten aus, daß sie im Lager Protocaz (Prov. Polen) ausgebildet werden sollen, um in Oberschlesien einzutreten. Die Ausbildung wurde durch einen französischen Major geleitet. Die Uniformen seien ebenfalls im Lager Protocaz an die Mannschaften verteilt worden. Vor wenigen Tagen erst, am 16. d. M. wurde die Bande unerlaubt in der Nähe von 300 Mann als Kompanie formiert; 300 Mann sollen noch im Lager geblieben sein.

Die Stadt Neustadt ist von Freiwilligen, welche sich aus Schlesien und Heimatorten zusammenfanden, mit stürmendem Hand ohne Artillerie mit wenig Maschinengewehren genommen worden. Erbeutet sind 500 politische Kanonen und über 20 Maschinengewehre. Die Verbündeten sind beträchtlich, da die Einwohnerwehr, als sie drei verstümmlte Deutsche sahen, nicht mehr zu halten waren und mit Revolver und Handgranaten draufgingen. Doch ist der Verlust der Polen ungefähr vierfach. Opferlos, d. Hälfte und General d. Höher versuchten, ein weiteres Vorstoßen zu verhindern, da die deutsche Lage nicht stark genug ist und ein Gegenangriff bevorsteht. Es besteht Mangel an Munition, Schablonen, Verpflegung und Material. Dieser deutsche Vorstoß entstand vom Selbstschutz gegen die Verbündeten der Polen ganz spontan, da die Oberschlesier verlangten, nach Hause zum Schuh ihrer Familien und ihres Eigentums zurückgeführt zu werden. d. Hälfte bildete ein Gefangenentnahmefeld und organisierte Gefangenenslager. Die Polen schlachten Gefangene ab. Der englische Botschafter von Krakau hat verschiedene Grausamkeiten; auch Dum-Tum-Geschosse wurden wieder von den Polen verwendet. Er hat nach Opfern darüber berichtet.

**Angebliche politische Gefahr in Deutschland.**

Entgegen den Meldungen, die besagen, daß sich im Lager bei Rottbusch politische Gefahr befinden, wird von außerordentlicher Stelle mitgeteilt, daß von Gefahr nicht die Rede

Wittnau, den 25. Mai 1921, nachmittags 2 Uhr findet im Stadtpark die **Grasversteigerung**

statt. Besonders anschließend (gegen 4 Uhr) Grasversteigerung auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz. Bedingungen werden vor der Versteigerung bekannt gegeben. Treffpunkt: Festplatz. Mietgeld ist mitzubringen.

Der Rat der Stadt Briesen, am 23. Mai 1921.

Schm.

Das Einlagenbuch der hiesigen Sparkasse Nr. 8265 auf Erich Raabrad, Gröba lautend, wird hiermit für ungültig erklärt.  
Gröba (Elbe), am 23. Mai 1921.

Der Gemeinderat.

**Freibank Poppitz.** Heute Montag, abend von 7—8 Uhr, Schweinefleischverkauf, 1/2 kg 5 Mark. Der Gemeinderat.

**Kirschverpachtung.**

Die Verpachtung der Kirschennutzung der Gemeinde Geyda findet Freitag, den 27. Mai 1921, abends 1/2 Uhr im Restaurant „Gute Quelle“ statt.  
Der Gemeinderat.

**Versteigerung von landwirtschaftlichen Geräten.**

Wittnau, den 25. Mai 1921, vormittags 9 Uhr, sollen im Rittergutshof Wittnau nachstehende landwirtschaftliche Geräte meistbietend versteigert werden:

1 Rapskrammel, 1 Kartoffel-Sortiergörländer, 1 Getreidebreiter, 1 Mehlkümmel, 1 breitelige und 1 zweitlige Schleißkremmelmühle, 1 Getreidebreitkremmelmühle, 1 Getreidewurmelmühle, 2 Kartoffel-Auflaufbäder, 1 einschägiger Ackerschliff, 4 hölzerne Jauchentonne, 1 neuverarbeiteter Düngerstreuer (Westfalia), 1 Kartoffel-Deje-

mühle, 1 Dejezählmaschine u. m.

Wittnau bei Briesen, am 21. Mai 1921.

Rittergutverwaltung.

sein kann. Es handelt sich um Personen, die mit der Waffe in der Hand von der Rep. und dem deutschen Selbstschutz im Ausfuhrgebiet festgenommen wurden, die wegen der unsicheren Verhältnisse aber nicht untergebracht werden konnten, und deshalb noch dem Lager abtransportiert wurden.

**Protektionstage in Berlin.**

In einer am Sonntag vormittags in Berlin von hervorragenden Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, der Epochenorganisationen des Handels, der Industrie und Landwirtschaft einberufenen Protektionstagung gegen die Bergemalung Oberschlesiens im großen Saal der Philharmonie führte der Präsident des Reichstags Voche persönlich den Vorsitz.

Außerdem sprachen noch der Präsident der preußischen Landesversammlung, Reinert, der 2. Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Graumann, der Präsident der Handelskammer zu Berlin, Franz von Mendelssohn, der Generalsekretär des Gewerkschaftsverbandes der Christlichen Gewerkschaften, Baltzsch, der Generalsekretär des Zentralverbandes des deutschen Großhandels, Abg. Reinath, der Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsringes (Kirch-Lutherische Gewerkschaften), Hartmann, und Walter Rathenau als Vertreter der Industrie. Die von Reichstagspräsident Voche vorgeschlagene Entschließung wurde einstimmig angenommen. Sie lautet: Die von Vertretern aller erwerbenden Schichten aus Industrie, Handel und Landwirtschaft, Arbeitgebern und Arbeitnehmern gebildete Versammlung erhebt nachdrücklich Protest, daß die Selbstbestimmung des oberschlesischen Volkes und die im Vertrage von Versailles und feierlich verbrieften Rechte durch die Gewaltakte der Polen bestreitigt werden sollen. Sie fordert von den alliierten Mächten, die den Schutz des Landes und seiner Bewohner und die Wahrung ihrer Rechte sicherlich gelobt haben, daß sie den Gewaltaten ein sofortiges Ende bereiten und die Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens nach dem Ergebnis der Volksabstimmung durch seine ungeteilte Übergabe an Deutschland herbeiführen. Den Freistaatgebunden weiß das deutsche Volk, als einen Bruch des Friedensvertrags, mit Entschiedenheit zurück. Das deutsche Volk hat durch Annahme der Londoner Verordnungen seine Bereitschaft zur Übergabe fast unerträglicher Kosten erklärt. Es kann unmöglich dulden, daß die Artikel des Vertrages, welche uns und unseren oberschlesischen Landsleuten Rechte einräumen, durch willkürliche Gewaltakte gebrochen werden. Wir fordern Gerechtigkeit und Schutz für das gesamte oberschlesische Volk!

**Die Verhandlungen über die Entschließung Anox.**  
Wie die „Times“ aus Washington meldet, wird die Frage über die Gestaltung und das Verfahren der Entschließung, durch die der Friedensauftakt mit Deutschland hergestellt werden soll, anfangs nächster Woche im Ausschuß des Repräsentantenhauses erwogen werden. Im Haupte findet die Annoch-große Unterstüzung, daß die Entschließung bis zum 1. Juni aufzugeben werden soll, da Deutschland bis dahin Gelegenheit haben werde, die Aufrichtigkeit seines Wunsches, seine Reparationspflichten zu erfüllen, zu beweisen. Die Entschließung in ihrer endgültigen Gestalt wird wohl kaum vor dem 1. Juni dem Präsidenten zur Unterschrift vorliegen.

**Die Auslegung von ausländischen Anleihen in Amerika.**

„New York Herald“ meldet aus New York, nach einer aus Washington eingetroffenen Despatch habe die Regierung bekannt gegeben, daß sie der Auslegung von ausländischen Anleihen in Amerika abgeneigt ist, wenn nicht hervorragender Kunden für das aufnehmende Land dadurch sichergestellt sei. Das Blatt erwähnt in diesen Zusammenhängen, daß Brasilien für das Vertragsland eine Anleihe aufgelegt habe und erinnert auch an die beschäftigte französische Einhundert-Millionen-Dollaranleihe.

**Tagesgeschichte.**

Deutsche Reich.

Die Nachprüfung des Ultimatums. Mit dem 22. Mai lief die zweite Frist ab, die der Deutschen Regierung von der Internationalen Militär-Kontroll-Kommission zur Ausführung des Ultimatums gesetzt worden war. Die Kommission hat verlangt, daß in Zukunft jede Beförderung von Waffen

entweder vorerstmaterial einschließlich der durch die Lieferung, Schärfung oder Umbauaufbereitung notwendig werdenen Veränderungen verboten sein soll, falls sie nicht von der Commission vorher genehmigt worden ist. Die zu diesem Zweck gegebenen Befehle laufen der Commission vor dem 10. Mai mitgeteilt werden; sie sollen auch auf das Material hinzuweisen haben, daß auf und innerhalb eines Kreises im Umkreis der Reichsbahngebietsschafft befindet. Das Reichswirtschaftsministerium hat einen diesen Veränderungen entsprechenden Befehl am 10. Mai erlassen; die erforderlichen Anordnungen für das im Umkreis des Reichsbahngebietsschafft befindliche Material sind vom Reichsbahnministerium am 21. Mai getroffen worden. Weitere Anordnungen sind am 21. Mai zur Kenntnis der Kontroll-Kommission gebracht worden.

**Ein Gericht.** Um Tonning nachmittags verleutete in Paris gerüchtweise, der ehemalige deutsche Kaiser habe Selbstmord begangen. Dieses Gerücht ist amerikanischen Ursprungs. Man hält es in Paris für vollkommen unbegründet. Die Zeitungen haben das Gerücht mit keinem Wort erwähnt.

Der Stand der Wiederaufbaufrage. Im Wiederaufbauamt in Berlin fand am Sonnabend eine Besprechung der beteiligten Reichsbüros mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern über den Stand der Wiederaufbaufrage statt. Der Vorsitzende des Wiederaufbauamts bestätigte die Aussage des Präsidenten des Wiederaufbauamts in Paris, daß er erkannte, daß eine mit dem französischen Minister Bourdeau in dieser Angelegenheit gehabte persönliche Verabredung, es wurde mitgeteilt, daß Bourdeau auf daß in der deutschen Reparationsnote enthaltene Angebot der deutschen Regierung auf Lieferung von 20 000 provisorischen Häusern insofern eingegangen sei, als er sie bereit erklärt habe, über die Lieferung von 20 000 Dauerhäusern zu verhandeln, zugleich habe er die sofortige Entsendung von Sachverständigen erbeten. Die Sachverständigen werden bereit in den nächsten Tagen nach Paris zu reisen. Weiterhin wurde mitgeteilt, daß Minister Bourdeau sich grundsätzlich mit der Aussetzung eines Abkommens in den zentralen Gebieten an Deutschland einverstanden erklärt habe, in dem Deutschland die erforderlichen Hoch- und Tiefbauwerke und die Aufstockungsarbeiten ausführen könnte. Das Wiederaufbauamt ist sofort mit dem Reichswirtschaftsrat wegen Benennung der Sachverständigen in Verbindung getreten, berets Aufgabe es sein wird, die Beleichtung des von französischer Seite noch näher zu bestimmenden Gebietstiles vorzunehmen und die ersten grundsätzlichen Verhandlungen mit der Gegenseite zu führen. — Nach Paris wird gemeldet: Das Komitee für den Wiederaufbau, das die Confédération Générale du Travail eingesetzt hat, um eine Organisation zu schaffen, die den Wiederaufbau leitet, wird in den nördlichen und östlichen Départements 20 öffentliche Versammlungen veranstalten, um die Verdiktion aufzufordern, das den Delegierten übertragene Mandat zu bestätigen. Ministerpräsident Briand wird am Mittwoch die Zeitung des Komitees empfangen, die ihm die Wiederaufbaupläne unterbreiten soll.

**Kongress der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei.** Gestern wurde im Repräsentationshaus in Prag der Kongress der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei unter dem Voritz des Abgeordneten Remeč abgehalten. Nach Eröffnung von Referaten über Organisation und politische Angelegenheiten wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der sich die Sozialdemokratie prinzipiell für eine parlamentarische Regierung und gegen eine Bautztenregierung erklärt. Dann führt die Entschließung fort: Die Sozialdemokratie weigert sich nicht, an der Regierung und der Verwaltung des Staates teilzunehmen und die Mitverantwortung für die Geschichte der Republik zu übernehmen. Sie kann mit den Bourgeoisieparteien solange keine gemeinsame Regierung bilden, als diese nicht den berechtigten wirtschaftlichen und sozialen Forderungen des tschechoslowakischen Volkes und den nationalen Forderungen der deutschen und der magyarischen Bourgeoisie Rechnung trägt. Sollten die bürgerlichen Parteien in ihrem Widerstande gegen die bringende Notwendigkeit der sozialen Entwicklung verbarren, so würde die Sozialdemokratie Rechtschaffen vorziehen. Des Weiteren wurde einstimmig eine vom Abgeordneten Štěpán eingereichte Resolution angenommen, in der das Bedauern darüber ausgedrückt wird, daß bei der gegebenen Situation mit einer Teilnahme der deutschen Sozialdemokratie an einer parlamentarischen Regierung nicht gerechnet werden könne, da sie ihre wirtschaftliche Taktik vollkommen vom nationalen Opportunismus bestimmen lasse. Ferner wurde eine Aufforderung der slowatinschen und der kroatischen Delegation gegen die Autonomie der Slowakei und Kroatienklands angenommen. Der Kongress genehmigte schließlich ein Manifest an das arbeitende tschechoslowakische Volk, das auf die Gründung der kommunistischen Partei Bezug nimmt.

**Fortbauernder Metallarbeiterstreik in Brag.** Die Situation im Allgemeinen Metallarbeiterstreik, an dem in Brag 25 000 Arbeiter beteiligt sind, ist vorläufig unverändert. Am Montag beginnen Verhandlungen im Arbeitsministerium, um ein Einvernehmen herbeizuführen. Es besteht aber wenig Aussicht auf Beilegung des Streiks.

**Gemeinsam.**  
Bei der ebdigen östlichen Volksabstimmung über den neuen Verfassungsartikel, der den Bundesrat ermächtigt, Vorrichten über den Automobilverkehr zu erlassen, wurde dieser mit 303 860 gegen 184 402 Stimmen angenommen. Für die Regelung des Autoverkehrs waren bisher allein die Kantone zuständig. Ein zweiter Verfassungsartikel über die Gesetzgebung für die Autoverfahrt wurde ebenfalls, und zwar mit 306 949 gegen 161 446 Stimmen angenommen.

**England.**  
Drohender Streik der Bonboner Straßenbahnen. Die "Agence Havas" berichtet aus London: Infolge des Streiks der Mechaniker des Elektrizitätswerks von Greenwich, das den Strom für die elektrischen Straßenbahnen von London liefert, sind die Streikende durch arbeitswillige Mechaniker sowie Kellner der Marine erledigt worden. Daraufhin wurde sofort die Arbeitschaft der Straßenbahnen aufgefordert, sich über die Notwendigkeit eines Empathiestreiks ausszusprechen. Das Ergebnis der Abstimmung wird erst morgen bekannt werden; indes will der "Illustrated Sunday Herald" erfahren haben, daß die Mehrheit sich gegen einen Streik ausgesprochen hat.

## Dertliiges und Gekreuziges.

Gießen, den 28. Mai 1921.  
Mitteilungen aus der Ratsfleitung vom  
20. Mai 1921.

20. Mai 1931.

  1. Die dem Verfahr entzogenen Kleinobligant-  
licheine der Stadt Bielefeld, deren Aufbewahrung Gewerbe-  
stellen bereitstet, sollen nach Verfahrung durch den Rechnungsschreiber  
im Gutsvertrag verbraunt werden.
  2. Herr Lehrer Walter Wenzel hat seine Stelle ge-  
kündigt. Die Stelle soll ausgeschrieben werden.
  3. Den städtischen Beamten und Angestellten soll in  
diesem Jahr Urfaub nach den Grundsatzen, wie sie für  
Staatsbeamte aufgestellt sind, gewährt werden.
  4. Der Platz nimmt in Betracht, die Werkenkolonie  
auch in diesem Jahre nach Wünschen L. P. zu haben.
  5. Bei dem Strafzettel und Strafverfügungsregisterum-  
schlag kann der Schriftzug bei, nach wie es dem Einschreibenden

Waffen ein zu verhindern, obwohl dies zweifellos war, wenn der Staat Überzeugung nicht zu leisten, weshalb er bestätigt hat, dass Überzeugungsverfahren einzuleiten.

**Öffentliche Wahlen verhindern.**  
**Öffentliche Wahlen und die Wahlrechtsgrundsätze.**

**THE COUNCIL OF THE AMERICAN ASSOCIATION FOR THE ADVANCEMENT OF SCIENCE**

— "Obrantsafelmatte. Weinen über Weltfeinde zum Opfer geholtenen 9 Menschenrechten erinnerte der Bremervorsteher Bruno Ulbert eine Strophe, die jedem im Coole der „Götterallee“ kurz eine trübe, eindrückliche Peter ihre Bestimmung übersehen wurde. Die Zuhörer standen inmitten einer Blasenzugruppe, und bei ihr umstehende Vereinsbläse hervorragte. Sie in eine lächerlich aussehende Stoffkostümshose und hielt folgende Worte mit Woge der Truppenteile und Lobspruch: Bruckpfeifer Max Pleiss, Echolosier Hermann Bockhorst, Trommler Oskar Rohr, Schlagert Ulbert Rommel, Klarinettist Alfons Otto, Bürgerschulfeuer Friedhelm Herbig, Tamburist Emil Seemann, Musikalienhändler Alfred Weber und Trommler Oskar Döder Stender. Die Tafel wird im Vereinslokal ihren Platz erhalten. Die Freier ließen bei „Schubertbund“ mit dem fröhlich-schönen Gesange „Lieber den Sternen habt nun Gottes Freuden“ ein. Der Herrnvorsteher, Herr Großfürst Seibel, begrüßte die Christeninnen, bestätigte auch Angehörige der Gefallenen. Er betonte, daß es bei seinem Tode eine Ehrenplicht gehabt habe, den Kameraden, denen es nicht vergönnt war, aus dem auferzeiten Kampfe zu den Hären zurückzufahren, aus Dankbarkeit und zur bleibenden Erinnerung ein Ehrenmal zu errichten. Zum ehrenden Gedenken erhoben sich die Christeninnen nach Vorlesen der Namen von den Bildchen. Der Weißesche hielt Herr Major Friedrich. Nach Hinweis auf die Gedanktage des Peter, die eine Stunde der Wehmut, der Dankbarkeit und Treue für die Gefallenen sei, nahm er den griechischen Dichterbruch „Tag nicht, daß sie sterben ohne Helden“ zum Leitgedanken für seine weiteren gedenkentheitlichen Ausführungen, ohne dabei die Wunden des Kameraden von neuem aufzubrechen. Die lieben Gefallenen würden nicht nur in der Familie, auch im Vereine bestehen. Sie sind im Kampfe für uns gefallen. Alles wollten wir deshalb daran legen, am Aufbau unseres härtestenliegenden Kameradensatzes mitzuwirken. Nach kurzen Bemerkungen über den stolzen Gottesglauben weinte er die Tafel als ein Ehrenmal für die lieben Helden, als ein Zeichen der Dankbarkeit der Kameraden und des Gedächtnisses unvergleichlicher Treue, nach ihrem Vorbild und in ihrem Geist zu wirken. Letztens sang der Schubertbund „Bei still und lang es leben“. Mit Dankesworten schloß der Vorsteher die Feier.

**-° Kirchliche.** Wie manche andre Kirchengemeinde, so wird nun in absehbarer Zeit auch die Neustadt Kirchengemeinde neue Glocken bekommen. Da Bronzeglocken unerschwinglich sind, bat sich der Kirchenvorstand entschlossen, Stahlglocken zu beschaffen, und hat das um so gezwungen tun können, als ein Büdnen gleich großer Stahlglocken in Dresden (Blonsktrze) ihm die Gewissheit gebracht hat, daß Stahlglocken in der für die hiesige Kirche in Frage kommenden Größe an Klang Schönheit den Bronzeglocken nicht nachstehen. Die Stahlglocken sind in Böckum bestellt und werden in einigen Wochen fertig sein.

— " Jubiläum, am 24. Mai feiert der Lokomotivführer Herr Otto Waberski in Brunnthal sein 25 jähriges Jubiläum als 1. Vorsitzender der Ortsgruppe Niederau der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer. Zu Ehren des Jubiläars wird die Gewerkschaft eine Feierlichkeit im „Wettiner Hof“ veranstalten.

— " Kreditbeschaffung für notleidende Gemeinden. Dem Sachlichen Landtag ist eine Regierungsvorlage vorgegangen, in der er ersucht wird, zu stimmen, daß die Regierung zur Hilfeleistung für notleidende Gemeinden und Bezirksverbände Staatsmittel bis zur Höhe von 100 Millionen Mark in Anspruch nimmt, wobei die Hilfe durch Übernahme der Bürgschaft und nur aufnahmsweise durch unmittelbare Darlehensabgabe zu gewährt sein wird, wenn die Verwaltung des Ausgleichsstabes dem Staat gegenüber Gewähr für Sanktion und Tilgung übernimmt, gleichviel ob der Staat das Darlehen leistet oder nur kredit.

— Der 58. Verbandstag des Verbandes  
fachlicher Konsumvereine wurde am Sonntag im  
Gewerkschaftshaus in Blaues durch den Verbandsvorsitzenden  
Barthel eröffnet. Der Tagung wohnte, wie die R. B. R.<sup>1</sup>  
berichten, als Vertreter der höchlichen Regierung Wirtschafts-  
minister Helfrich bei. Die staatlichen und städtischen Be-  
hörden Blaues, die Handelskammer, sowie die Landesstelle  
für Gemeinwirtschaft und andere Verbände und Körpers-  
chaften hatten Vertreter entsandt. Minister Helfrich ver-  
trat als Vertreter der Regierung Riga über zwei und  
Beurteilung der Konsum-, Bau- und Viehlandsgemeinschaften.  
Er bezeichnete die Genossenschaftsbewegung als nationale  
Tat, die weit höher eingeschätzen sei, als die neuerdings  
häufig angesogene nationale Gefinnung. Dr. iur. R. D.  
Mayer hielt einen Beitrag über die Gewerbeleistung  
und die Konsumvereine unter besondere Berücksichtigung  
der drohenden Landesgemeinschaften. Die Tagung wird am  
Montag fortgesetzt.

Der Verband fachlicher Bauabgäfthervereine hält gestern in Döbeln unter zahlreicher Beteiligung eine Tagung ab. Auf der Tagungsordnung standen vier Vorträge über wichtige Angelegenheiten der Bauwirtschaft und die neuen Gesetzesinitiativen. Über den Verlauf der Sitzung berichtet der "Dresdner Anzeiger": Baumeister Roed (Dresden), Mitglied des Landtages und des Reichswirtschaftsrates, nahm in einstündigem Vortrage Stellung zu dem Reichsmietengesetz. Er betont bis einzelnen Bestimmungen und bemängelte ihre oberflächliche Fassung. Seine Ausführungen führte er in einem Schlußantrag zusammen, in dem das Reichsmietengesetz, in der dem Reichstag vorgelegten Fassung grundsätzlich abgelehnt wird. Es heißt darin unter anderem: "Die Wohnungswirtschaft im Wohnungsbau, die wesentlich Schuld trägt, daß eine Wohnungsbauentlastung heute unmöglich ist, wird durch das Reichsmietengesetz unabänderlich verhindert. Die alleitige geforderte und bringend notwendige Hebung der Haushaltssituation wird durch das vor-

notwendige Weisung der Hauptigkeiten wird durch das vor-gelegte Gesetz weiter unmöglich gemacht. Da aber eine so-fortige Aushebung der Zwangswirksamkeit zweifellos neue Schwierigkeiten hervorrufen würde, erläutern sich die füh-genden Deutschnationalen mit einem Reichsgesetz zur Regelung der Wettbewerbsbildung mit einer auf zehn Jahre befristeten Gestaltungsdauer einverstanden, wenn in der endgültigen Gestaltung die Wünsche und Forderungen berücksichtigt werden, die in der Entschließung des Centralverbands deutscher Haus- und Grundbesitzervereine am 20. März 1921 in Weimar aufgestellt sind. Gewerblich benutzte Räume und Gebäude sind nicht unter das Reichsmietengesetz zu stellen.“ Als Prüferberichterstatter befürwortet Justizrat Dr. Stolze (Chemnitz) das Reichsmietengesetz vom juristischen Standpunkt aus. Bedenklich an dem Gesetze ist vor allem, daß es der Bundesbehörde die Mög-ligkeit gibt, die Mieten im ganzen Lande nachzuspielen. Das könnte zu einer staatlichen Gestaltung der Wirt-schaften, die von der Cosmopolitanismus des Gesetzgebers weit weit entfernt sei. Nam. § 21 kann die Handelsbe-hörde erneutsetzen, daß die gesetzliche Miete für alle ver-

Dieselbe habe das Wiederaufbauwedges und die Erste  
Einkunftssteuer. Es bestimmen daher Maßnahmen  
als eine Verwendung des Wiederaufbaus und es sei zu erwarten,  
daß Abgaben im Rahmen der Wirtschaftswiederherstellung und die Einkunfts-  
steuer vereinigt werden. Es besteht eine Übereinstimmung, wenn es  
sich um einen breiten Bereich handelt, der aus dem Wiederaufbauwedges und  
der Einkunftssteuer besteht. Es besteht eine Übereinstimmung, wenn es sich um den  
Wiederaufbauwedges handelt, wenn es sich um die Einkunftssteuer handelt.  
Es besteht eine Übereinstimmung, wenn es sich um die Einkunftssteuer handelt.  
Die Einkunftssteuer beträgt z. B. 11,24 Mark bei einem Grund-  
stückswert von 60.000 Mark. Es wurde hierzu eine Ent-  
lastung beantragt, in der gegen die geplante hohe  
Grundsteuer fächerförmiger Widerstand erhoben wird  
und Absonderungsabschläge vorausgesetzt werden. Der Ver-  
antwortliche Baumeister Schmid (Berlin) gab  
notorielle Ratschläge und prahlte damit über das  
Grundsteuererleichterungs-Gesetz mit Sohn. Er  
möchte die Bedingungen des neuen Gesetzes, das bis Unter-  
sätzen der Verhältnisse hinreichend wäre, wenn auch nicht  
allen Wünschen habe entsprochen werden können. Allen  
Baubehörden legte er auf, die Baumaßnahmenabrechnungen  
durchzugehen und befreit zu setzen, was in ausreichend  
erhält werde, denn im Grunde würde sich die Unter-  
berechnung leicht richten. Nach Einspruch Wuppertals  
über die Vorfälle würden die drei Unterberechnungen  
etwa in etwa angenommen. Dann wurde ein Ver-  
waltungsvorstieg des Bauamtes gegen eine Einkunftssteuer  
angenommen, wonach der Verwaltungsvorstand bestätigt wird.  
Zum Ausbau der Organisation wünscht man für 1951 den  
besonders hohen Zuschußbeitrag zu erhalten. Hieraus kann die Drei-  
ter Zulasten-Befreiung des Zehnner Bereichs fallen.

des zukünftigen Deutschen und Zöblitzer Vereins soll.  
— Generalsappell des Deutschen Jäger- und Schützen-Verbandes. In Verbindung mit dem Festtagen fand am Sonnabend, den 14. Mai, den abends 7 Uhr ab, im Karlsbadspalais zu Görlitz eine vom Vorsteher des Militärvereins Jäger und Schützen zu Dresden, Maxmilian Goldmann, geleitete Beisetzungsfestlichkeit statt, die von 24 Vereinen besichtigt worden war. Hierüber haben teil Generalleutnant von der Decken, Major Temtani, die Hauptleute Uhlrich und v. Hömer und Oberleutnant von Grämannsdorff. Der Antrag des Militär-Vereinigung zu Weine, alle Jäger- und Schützen-Militärvereine zu einem Reichsverband zusammenzuschließen, wurde abgelehnt, da der Kartellverband der sächsischen Jäger und Schützen voll und ganz den Anforderungen entspricht, die Eigenart der sächsischen Verbändinie wahrt und die Mitglieder voll befriedigt. Wegen der im Jahre 1908 errichteten Jubiläumsstiftung für die Mannschaften des Großregiments und der Jägerbataillone 12 und 13 erhält Dresden bevorberen Auftrag. Bei Aussprache über die Errichtung eines Denkmals stellt sich heraus, daß nicht die beiden Offiziere, nicht die Militärvereine, sondern die soien Vereinigungen, die sich allerortis gebildet haben — auch in Dresden bestehen mehrere solcher Vereinigungen, sie sind aber mit dem Militärverein in keiner Weise verbunden — die städtischen Dränger nach Errichtung eines Denkmals sind und sich bei Bewilligung von Geldmitteln vor die Militärvereine stellen. Die alten Jäger und Schützen verblieben wohl, das gefallene Kameraden zu ehren, das beweise das Denkmal auf dem Friedhof zu Billwerder zur Marne, daß erste deutsche Denkmal vor den Toren der französischen Hauptstadt. Ein den Traditionen der Jäger- und Schützentruppe entsprechendes Denkmal in würdiger vornehmer Gestaltung sei heute aber unter 1 Million nicht herzustellen, auch gewährten die politischen Verbündeten keinen klaren Blick in die Zukunft. Einstimmig wurde beschlossen, von der Errichtung eines Denkmals zurzeit abzusehen. Den Brudervereinen wird es überlassen, ob sie Gelder hierzu sammeln und verwahren sollen. In den nächsten Jahren wird der Kartellverband auf diese Frage zurückkommen. Der nächste Generalsappell soll 1928 in Gwidau abgehalten werden. Wegen Gestaltung der Gedächtnistage aus dem Weltkriege 1914/18 konntte Unbedingtes noch nicht festgelegt werden, da die 18 et und 18 ee Meierjäger und das 26. und 26. Bataillon mit Angaben fehlten. Das Schützenregiment bestimmt den 2. 12. 1870 bei Billwerder zur Marne und den 30. 8. 1918 (Mebergang über die Aare bei Saavilliers); die 18 et Jäger den 10. 8. 1914 bei Dinant; die 18 et Jäger den 9. 6. 1916 (Borettihöhe). Ein Antrag Blauen i. V. auf Erweiterung der Gedächtnistage innerhalb des Kartells wurde nach eingehender Debatte aus humanitären Gründen abgelehnt.

—→ Sperrze für Pakete und Wertsendungen nach den Orten Oberschlesiens. Wegen der durch die politischen Unruhen in Oberschlesien eingetreteten schweren Störungen des Eisenbahnverkehrs musste die Annahme von Paketen und Wertsendungen nach dem oberösterreichischen Abhängigkeitsgebiet durch die Postbeamten bis auf weiteres eingestellt werden. Die unterwegs befindlichen Sendungen dieser Art werden zurückgehalten und den Absendern wieder ausgekettet. Von der Ausdehnung der Sperrze, die unbedingt bald beschleunigt wird, wird die Öffentlichkeit rechtzeitig Kenntnis erhalten.

— Die erhöhten Personenzölze. Wie die Generaldirektion mitteilt, treten am 1. Juni d. J. gleichzeitig mit dem neuen Commercio- und die erhöhten

—> Markenlose Granifierung der Volkspolizei. Die Reichsvolkspolizei hat durch neue Verfügung die markenlose Granifierung von Volkspolizisten und die Verzahlung der Granifierungsbobahn allgemein zugelassen. Es wird dabei gehofft, daß die Polizei von Firmen, die ein Volkspolizeikonto unterhalten, die Westreißbahn durch Abbuchung von ihrem Volkspolizeikonto entrichtet wird, nur muß sich die Firma einerseits erklären, daß diese Abbuchung von ihrem Volkspolizeikonto geschieht, und sie verpflichten, kein ehemaliges Gehaltskonto zu unterhalten. Bei diesem Verfahren soll Verzögerung unmöglich vermieden werden, denn der Zweck dieser ganzen Maßnahme ist ja gerade auf die Einräumung des Gelübdes ausgerichtet. Das Rechtshandbuch der markenlosen Verrechnung der Grenzabnahmen für Polizei kann nach dem Ausland verwendet werden. Die Polizeifirmen tragen nach der Freimarken einen roten Gummistempel „Gebührengelös“.

Debüt".  
Keine Gibtonnage für die Untente.  
Wie verlautet, haben verschiedene Orientationskommissionen bereits mehrmals die Gibe bereit, um die Schiffahrtsver-  
bündete auf der Gibe zu informieren, vor allem über um  
eine Übersicht über die Gibtonnage zu erhalten und so  
eine Grundlage für die Weiterleitung von Gibtonnen an die  
Untente zu schaffen. Dierbei sei hier für die Endes-  
tändungen die Tatsache betont, daß die Untente von  
der Gibtonnage fast nichts zuwenden kann, da die Gib-  
tonne fast ausnahmslos belohnt haben, während die  
Untente Gütenboten verlangen. Außerdem kann die  
Schwierigkeiten für eine Weiterleitung von Gibtonnen so  
groß, daß sie als fast unabwendbar betrachtet werden  
müssen. Unfehlbar würde sich wohl nur die Einführung  
eines Kursfests zur Wiederverteilung benötigte Güter hat,  
wie bereits mehrfach beschrieben wurde. Die Kommissionen  
verlangen in der Ausübung Güter und Zeichen, wobei  
sie für andere Schiffahrt wie Vermögensgegenwart kein Zu-

Wiederum. Die „Steinkohlefreiheit“ besteht in keinerlei besonderer Qualität. Ob der Geschäftsvolumen Obersax, Steigerung und Wachstum beobachtet und die finanzielle Sicherheit gewahrt werden, ist keine Sorge, welche die Industrie



